

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptpostamts Leipzig.

Verlagsort: Dresden 1924, Nr. 22.

Nr. 158.

Mittwoch, 9. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintragens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Leipzig.

## Macdonalds Aufenthalt in Paris.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der englische Premierminister Macdonald hatte sich überraschend schnell entschlossen, nach Paris zu fahren, um mit seinem Konferenzpartner Herriot eine Einigung in der Frage der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens und der damit zusammenhängenden politischen Probleme herbeizuführen. In den Berliner diplomatischen Kreisen findet jedenfalls die Tatsache große Beachtung, daß die Reise Macdonalds unmittelbar im Anschluß an den Schritt der amerikanischen Regierung erfolgt ist, die auf eine schleunige Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens drängt. Der Zusammenhang zwischen dem amerikanischen Schritt und der Reise Macdonalds ist ganz unverkennbar, wenn man bedenkt, daß bereits am Sonntagabend eine vorläufige Vereinbarung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und dem englischen Botschafter in Paris Lord Crewe erzielt worden war. Die Verhandlungen zwischen Herriot und Macdonald können sich demnach nur auf die Modalitäten einer beschleunigten Durchführung der Londoner Konferenz beziehen. Was über den bisherigen Verlauf der Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs bekannt geworden ist, läßt jedenfalls darauf schließen, daß das Programm der Londoner Konferenz zu Gunsten einer schnelleren Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens erheblich beschränkt worden ist.

In den Berliner Regierungskreisen spricht man die Erwartung aus, daß nunmehr auch die angekündigte Einigung Deutschlands zur Londoner Konferenz ausgesprochen wird. Man war nicht wenig erbaunt, als in der vergangenen Woche die bereits mehrfach angekündigte Einigung ausbleiben ist und im Anschluß daran erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich auftraten. Es scheint demnach, daß in der Frage der Teilnahme Deutschlands an der Konferenz jedenfalls noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sind. Am Montagabend hatte der deutsche Botschafter in Paris, Dr. v. Soest, eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, die geeignet sein dürfte, ebenfalls die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf sich zu ziehen. Von der Art der Beteiligung Deutschlands an der Londoner Konferenz dürfte sehr viel abhängen, zumal es darauf ankommt, daß die deutsche Regierung in den Stand versetzt wird, ihre Forderungen zur sofortigen Befriedigung zu bringen.

Zwischen Herriot und Macdonald besteht eine gewisse Schicksalsgemeinschaft, und es ist daher anzunehmen, daß sie im Grunde ihres Herzens sich vollständig einig sind und mehr die Gegenüber der in ihren Ländern arbeitenden Diplomaten zu den neuen Schwierigkeiten gefährt hatten. Herriot wird am Donnerstag im Senat einen sehr schweren Stand haben, aber er scheint entschlossen zu sein, auch über die Opposition des Senats hinweg seine Politik durchzuführen. Wenn Herriot zu Fall kommen sollte, würde Macdonald ebenfalls damit rechnen müssen, daß die liberale Partei, von deren Unterstützung er abhängt, ihm die Gefolgschaft verweigert und seinen Sturz herbeiführt. Beide Staatsmänner sitzen auf sehr wackeligen Stühlen, und sie selbst werden am wenigsten dazu beitragen, ihre schwachen Unterlagen zu zerstückeln. Es ist daher damit zu rechnen, daß Macdonald in vollem Einvernehmen mit Herriot Paris verlassen wird und die Londoner Konferenz am 16. Juli beginnen kann. Nur ganz unwahrscheinliche Ereignisse müßten eintreten, falls die jetzige Besprechung zu einem anderen, ganz überraschenden Ergebnis kommen sollte. An eine etwaige Verlegung der Londoner Konferenz nach Brüssel ist im Augenblick gar nicht zu denken, da damit eine erhebliche Verzögerung der Entscheidungen eintreten würde, was unter allen Umständen vermieden werden soll. Nach den in Berlin vorliegenden Informationen dürfte die belgische Regierung zwar alles versuchen, um noch nachträglich große Schwierigkeiten in dem Programm der Londoner Konferenz herbeizuführen, aber damit würde dem belgischen Standpunkt in keiner Weise gedient sein. Bemerkenswert ist die Zurückhaltung der italienischen Politik, die offenbar auf England und Frankreich große Rücksichten nimmt. Mussolini hat zum Glück gleich Herriot und Macdonald im eigenen Lande so große Schwierigkeiten zu überwinden, daß er kaum in der Lage sein wird, auf der Konferenz in London einen nennenden Einfluß auszuüben. Anders wäre es gewesen, wenn der italienische Ministerpräsident zur Stärkung seiner Autorität genötigt gewesen wäre, in London gegen England und Frankreich aufzutreten. In einem solchen Falle wäre nicht mit einer raschen Lösung zu rechnen, da nach alter Erfahrung immer diejenigen die meisten Schwierigkeiten bereiten, die am allerwenigsten als wirklich Interessierte auftreten.

## Macdonalds Ankunft in Paris.

Paris. Macdonald ist gestern nachmittags 4 Uhr auf dem Nordbahnhof angekommen. Anwesend waren der englische Botschafter Lord Crewe, die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder, sowie eine Anzahl von Journalisten. Macdonald schüttelte die sich ihm entgegenstehenden Hände. Er wurde in den Empfangsalon geführt, wo der Innenminister das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache ergriff. Fünf Minuten später langte Herriot ganz außer Atem an und fällt dem englischen Ministerpräsidenten wortlos in die Arme. Die beiden Ministerpräsidenten umarmen sich verschleierte Male. Auf der Straße kommt das Auto, in dem sie Platz genommen haben, nur langsam vorwärts. Es ist dicht von Menschen umfaßt. Bild-

lich bricht die Menge in die Rufe aus: Es lebe Herriot, es lebe Macdonald! und auch: Nieder mit dem Vertrag! Gegenmenschanten rufen: Es lebe der Vertrag! Etwa 300 Personen, die die Sicherungsreihe durchbrochen hatten, umgeben das Auto in nächster Nähe und rufen: Nieder mit dem Vertrag. Nach einem flüchtigen Aufenthalt im englischen Botschaftsgebäude haben sich die beiden Ministerpräsidenten nach dem Quai d'Orléans begeben und kurz vor 5 Uhr mit ihrer Aussprache begonnen.

## Das französische Komunique über die Aussprache.

Paris. Das amtliche Komunique, das vom Ministerium des Auswärtigen herausgegeben wurde, lautet: Premierminister Macdonald und Ministerpräsident Herriot haben in Anwesenheit des englischen Botschafters in Paris Lord Crewe, des ständigen Unterstaatssekretärs Zire Grove, des Obersten Bataillon, des Sekretärs des englischen Ministerpräsidenten Selby, des Ministerialrats am Quai d'Orléans Biretti de la Rocca, des Ministerialrats Soubou, des ehemaligen Vertreters Frankreichs im Sachverständigenkomitee Parmentier und des Kabinettschefs Herriots Berges um 5.30 Uhr gestern nachmittags im Kabinett des Ministerpräsidenten ihre Unterhandlungen, ausgehend von den Besprechungen in Cherbourg, wieder aufgenommen und bis 8 Uhr abends fortgesetzt. Die Besprechungen wurden gestern abend um 9.30 Uhr in der englischen Botschaft fortgesetzt.

Paris. (Funknachricht.) Im Anschluß an die gestern abend wieder aufgenommenen Besprechungen in der englischen Botschaft ist folgender Bericht ausgegangen worden: Die Unterredung zwischen Macdonald und Herriot hat um 9.50 Uhr in der englischen Botschaft wieder begonnen. Die Verhandlungen waren erst nach 1.35 Uhr zu Ende.

## Perilöser Verlauf der Besprechungen.

Paris. (Funknachricht.) Obwohl die beiden Ministerpräsidenten sowie die Botschafter, die ihrer Unterredung bewohnten, vollkommenes Stillschweigen bewahren, will „Le Petit Parisien“ erfahren haben, daß die Wiederheraufnahme des Kontaktes von der größten Verletzlichkeit gewesen sei und daß nach einer offenen Aussprache über das Mißverständnis, das in Paris und Brüssel Erregung hervorgerufen hatte, beide Staatsmänner übereingekommen seien, die notwendige Einigkeit auf der Konferenz von London sicherzustellen. Was den angelegentlichsten Zeitpunkt betreffe, so betrachteten beide Regierungen eine Verzögerung als nach jeder Richtung hin außerordentlich schädlich, namentlich für die Auffassung der deutschen Ansicht in Amerika. Hinsichtlich der Feststellung etwaiger Verzögerungen Deutschlands sei es möglich, daß ein Kompromiß zustande komme, der die Autorität der Reparationskommission bestehen lasse, aber einen Organismus hinzulasse, der den Geldgebern ein Höchstmaß von Sicherheiten bieten könne.

## Konferenz der Finanzminister in Berlin.

### Reichsregierung und Eisenbahnfrage.

Berlin, 9. Juli. In der gestrigen Besprechung der Finanzminister der Länder in Berlin stand vor allem die Klärung der Eisenbahnfrage zur Erörterung. Die Besprechung soll neben der Vereinbarung über die Ansprüche, die einzelne Länder nach dieser Richtung hin stellen, auch die mannigfachen Mißverständnisse beseitigen, die durch irreführende Presseäußerungen über die Hoheitsrechte des Reiches in Bezug auf die Eisenbahn entstanden sind. Von der Reichsregierung ist geplant, nach Abschluß der Besprechungen und nach Erzielung eines Einvernehmens mit den Ländern eine umfassende Erklärung über die ganze Frage herauszugeben, welche der Öffentlichkeit noch vor der Beratung des Eisenbahngesetzes im Reichstage darüber Aufschluß geben soll, welche Maßnahmen tatsächlich geplant sind und welche Rechte das Reich auch nach der Durchführung der Sachverständigen-Vorschläge über die Eisenbahn besitzt. Man versteht sich in Regierungskreisen nicht, daß es nicht leicht sein wird, die Ansprüche der Länder und des Reiches miteinander in Einklang zu bringen. Man hofft aber, daß auch diejenigen Länder, deren Ansprüche entgegen auf die Eisenbahn weitergehen, als ursprünglich vorgelesen war, zu der Einsicht kommen werden, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, eine einheitliche Auffassung der Reichsregierung und der Länder zustandezubringen, damit die Reichsregierung in der Lage versetzt wird, die deutschen Interessen bei den internationalen Besprechungen nachdrücklich zu vertreten. Die Erklärung der Reichsregierung wird auch klar und unmissverständlich zum Ausdruck bringen, daß es in dieser Frage Grenzen gibt, hinter die ein Zurückweichen seitens der Reichsregierung nicht möglich ist. Diese Erklärung soll dann die Grundlage bilden sowohl für die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz als auch für die Aussprache im Reichstag. Bis zu welchem Zeitpunkt die Sachlage soweit geklärt sein wird, daß die Reichsregierung mit ihrer Verlautbarung an die Öffentlichkeit treten kann, steht im Augenblick noch nicht fest.

## Ein neuer Aufstand in Albanien?

Rom. Triester Nachrichten lassen einen neuen albanischen Aufstand befürchten. Sämtliche Wais und Großgrundbesitzer lebten sich auf gegen Fan Nolis Agrarreform mit einer Verteilung des Grund- und Bodens unter die Bauern. Die Regierung von Tirana proklamierte Balona als Hauptstadt Albanien.

## Die Revision im Zeignerprozess verworfen.

Leipzig. Die gegen das Urteil im Zeignerprozess eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft und der Angeklagten ist vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts verworfen worden.

Mit dieser Entscheidung ist das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 29. 3. d. J., das gegen Dr. Zeigner auf drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust lautet, rechtskräftig geworden. Das Urteil wurde gestern nachmittag gegen 8 Uhr gefällt.

Jedem Angeklagten werden die Kosten seines Rechtsmittels auferlegt. Die Kosten des Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft hat die sächsische Staatskasse zu tragen. In der Begründung wird u. a. ausgeführt. Die erhobenen Verfahrenskosten, die teils von den Angeklagten, teils von der Staatsanwaltschaft erhoben werden, werden als unbegründet erachtet. Die Zusammenlegung des Gerichts mit 3 Mitgliedern war zulässig. Auch das Verhalten im Falle des Senatsbrandt kann nicht beanstandet werden. Ebenfalls sind die Rügen begründet, die an die Fälle Schmorler und Trompler anknüpfen. Was die Verjährung anbelangt, so kommt hier die sächsische Verfassung in Frage, wonach Zeigner während der ganzen Zeit der Wahlperiode als Abgeordneter zu betrachten war. Wegen der Befreiung in Sachen der Begnadigung kam der Senat zu der Entscheidung, daß es genügt, daß der Angeklagte wußte, daß er sich durch Bewährung von Gnadengesuchen einen Vorteil verschaffen konnte. Der Angeklagte Zeigner hat sehr wohl gewußt, daß durch die Vorteile, die seitens Brandt gewährt wurden, eine für Brandt günstige Stellungnahme für die Begnadigungsangelegenheit herbeigeführt werden sollte. Auch die Revision des Staatsanwalts ist aus den angeführten Gründen zu verwerfen.

Mit der Verwerfung der Revision tritt nun sofort die Strafe Zeigners und Wobins in Kraft.

## Der Fortbestand der Sozialversicherung.

Im Reichstagsauschuß für soziale Angelegenheiten haben verschiedene Anträge, die sich mit der Erwerbslosenfürsorge, mit den Leistungen aus der Reichsversicherung, mit der Fürsorge für die Beschäftigten, Anlauf zu einer eingehenden Diskussion über den Bestand der Sozialversicherung. Abg. Dr. Woldenbauer (Dp.) wies darauf hin, daß die gegenwärtige Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Beiträge zur Sozialversicherung und zur Erwerbslosenfürsorge bei allgemeiner Betrachtung der Gesamtwirtschaft mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit betrage. Die Anträge bedeuteten sämtlich in ihrem praktischen Ergebnis eine weitere erhebliche Erhöhung der Leistungen und seien deshalb in volkswirtschaftlicher Beziehung sehr bedenklich. — Abg. Koch hielt dagegen gerade vom Standpunkt einer gesunden Produktion aus eine Erhöhung der Sozialleistungen für geboten. — Auf Vorwürfe des kommunistischen Abg. Stetter gegen die Regierung wegen ihrer Bestimmungen über die Sozialversicherung erwiderte der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning, daß gerade die drei Bestimmungen zur Krankenversicherung auf dem Lande, zur Vereinfachung des Verfahrens vor den Versicherungsbehörden und zu den Sparmaßnahmen in der Krankenversicherung in der schwierigen Übergangszeit die Sozialversicherung überhaupt gerettet hätten, daß diese Sparmaßnahmen aber nicht dauernd bestehen bleiben sollten. Auch der deutschnationale Abg. Behrendt bekräftigte die Notwendigkeit dieser Verordnung zur Rettung der Sozialversicherung. Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium äußerte sich über die grundsätzlichen Aufgaben der Sozialversicherung, die nichts anderes als ein Bestandteil des Lohnsystems sei. Ohne die Sozialversicherung müßten die Löhne um zehn bis zwanzig Prozent höher sein. Deshalb stehe die Sozialversicherung auch in der verarmten Wirtschaft unerschütterlich da. — Abg. Leopold (Dnat.) hielt ebenfalls die Sozialversicherung für unentbehrlich, wünschte aber, daß nicht durch eine so starke Belastung der Versicherungsträger die Wirtschaft erdrohelt und damit die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter eingeschränkt werde. — Abg. Thiele (Dp.) schlug vor, daß in der Sozialversicherung das Reich lediglich die Inflationsrisiken decken sollte, daß sonst aber alle Versicherungsarten sich wieder selbständig aus ihren eigenen Einnahmen erhalten müßten. — Diesem Vorschlag trat der Abg. Park (Dnat.) bei, verlangte aber, daß die Aufwertung der alten Forderungen nicht durch neue Steuerleistungen gedeckt werde.

## Soest's neue Unterredung mit Herriot.

Berlin, 9. Juli. Wie wir aus den Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, hat die neuerliche Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter von Soest und dem französischen Ministerpräsidenten einen überraschenden befreienden Verlauf genommen. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Botschafter in der Frage der wirtschaftlichen Klärung des Ruhrgebietes weitgehende Zugeständnisse gemacht, während er in der Frage der militärischen Klärung die Auffassung ausdrückte, die deutsche Regierung möge davon absehen, die Schwierigkeiten zu vergrößern, indem sie schon jetzt ihre Forderungen in die Debatte werfe. Herriot hatte aber nichts dagegen einzuwenden, daß die deutsche Regierung ihre Wünsche auf der Londoner Konferenz zur Sprache bringen wird.